

Source: Dolomiten Date: 06.12.2016

„Spielen neue Partie mit alter Stärke“

VERFASSUNGSREFERENDUM: Was sich für Südtirol ändert – Wo unmittelbare Herausforderungen liegen – Welche Chancen sind vertan, welche neuen ergeben sich

BOZEN (bv). Wenn es um die Autonomie geht, stellt sich Südtirol hinter die SVP. In einem Staat, in dem Gewissheit ein Fremdwort ist, bleibt die SVP ein paktfähiger und verlässlicher Ansprechpartner für Rom. Trotz Regierungskrise schreibt die SVP offene Durchführungsbestimmungen (Justiz, Toponomastik) nicht ab – und ist zuversichtlich, sich beim neuen Wahlgesetz zu behaupten. Die Chance, bald die Zuständigkeit für den Umweltschutz zu bekommen, ist freilich futsch.

Italien hat der Verfassungsreform der Regierung Renzi eine Abfuhr erteilt. Erste und unmittelbare Konsequenz für Südtirol ist, dass die Kompetenzen zwischen Staat und Regionen nicht geregelt werden, womit die **Schutzklausel** für die autonomen Regionen **obsolet** wird. **Vertan ist das Einvernehmen** und damit eine Chance auf abgesicherte Überarbeitung des Autonomiestatus.

Autonomie-Konvent im Stand-by Modus

„Deshalb arbeitet der Konvent weiter. Sein Ergebnis wird aber nicht unmittelbar umsetzbar sein, denn dazu fehlt nun der Rechtsrahmen“, sagt Landeshauptmann Arno Kompatscher. Das Statut noch in dieser Legisla-

tur anzupassen, war aber ohnehin nicht geplant. „Ob wir es in der nächsten angehen, hängt stark vom Gewicht der SVP in Rom ab“, so Senator Karl Zeller. Der Umstand, dass es nun in Italien beim Zwei-Kammern-System bleibe, verdopple die Chance für die SVP, wieder entscheidende Stimmen in Kammer oder Senat zu stellen.

Ein-Mann-Wahlkreise in Kammer verteidigen

Ob dem so ist, hängt von der zweiten Konsequenz des Referendums ab. Matteo Renzi ist zurückgetreten, nach Verabschiedung des Haushaltsgesetzes finden über die Weihnachtsfeiertage die Konsultationen für eine Regierungsumbildung statt, deren primäre Aufgabe es ist, ein **neues Wahlgesetz** für die Kammer und den aufrecht bleibenden Senat zu erarbeiten. Da im Autonomiestatut verankert, werden die 3 Südtiroler Senatoren weiter in Ein-Mann-Wahlkreisen ermittelt. Offen ist, wie sich das „Italicum“ für die Kammer ändert. Anders als im restlichen Staatsgebiet sieht es derzeit für Südtirol keine Vorzugsstimmen vor. Wie im Senat würden die Abgeordneten mit Mehrheitswahlrecht in Ein-Mann-Wahlkreisen gewählt.

Und diese will man in die Zukunft hinüberretten. Italien navigiert die nächsten Monate zwar auf Sicht, keiner weiß, welche Mehrheiten sich für ein Wahlge-



Das Fazit Südtirols nach der versenkten Verfassungsreform schaut gar nicht so schlecht aus. ©Life

setz finden. Aber: Mit einem klaren Sieg des Ja hat die SVP in Südtirol ein tolles Ergebnis erreicht. „Wer in Rom das Sagen hat, weiß, dass die Südtiroler kein

versprengter Hühnerhaufen sind. Wir stehen zusammen, wissen, was wir wollen und lassen uns nicht irren machen“, so Zeller. Das sei die eigentliche Botschaft

des Wahlergebnisses in Südtirol. „Deshalb spielen wir die Partie mit alter Stärke.“

Justiz und Toponomastik: In Krise nicht chancenlos

Dies gilt auch und ganz besonders für die Zeit bis zu Neuwahlen, die schon im Juni 2017 oder erst 2018 stattfinden könnten. In den 2 Jahren mit Renzi wurden 11 **Durchführungsbestimmungen** verabschiedet, darunter erst kurz vor dem Referendum jene zur Jagd. „Eigentlich haben wir fast alles abgehakt“, sagt der Landeshauptmann. Offen sei noch die Norm zum Übergang des **Justizpersonals vom Staat an die Region**. Da diese „eher technisch“ sei, könnte sie „vielleicht auch von einer Übergangsregierung“ genehmigt werden. Vorerst ad acta gelegt seien die Normen zu Finanzämtern und Toponomastik. Die Anfechtung des Landesgesetzes von 2012 vor dem Verfassungsgericht sei derzeit „eh ohne Termin“ vertagt.

Zeller gibt aber auch die **Ortsnamensfrage** nicht verloren. „2017 wird sicher ein Termin vor dem Verfassungsgericht festgesetzt, weshalb wir die Sache lösen müssen“, meint er. Die derzeitige Mehrheit im Parlament bestehe noch. Sollte sie bei der Bildung der Übergangsregierung um Forza Italia auf eine große Koalition erweitert werden, sei das zwar weniger gut für die SVP. „Irgendwann bröseln in Rom aber jede Koalition.“

Keine großen Probleme erwartet man sich, wenn es um **Landesgesetz** geht, denen eine Anfechtung droht. „Die meisten Probleme werden mit dem Finanzgesetz zum Staatshaushalt behoben – und das ist bereits durch die Kammer“, so Kompatscher.

Wackelnde Landesgesetzte vorauseilend gesichert

Vertan ist allerdings die Aussicht, in absehbarer Zeit eine neue Zuständigkeit für Südtirol einzufahren. In den Übergangsbestimmungen zur Verfassungsreform hatte der Staat die Möglichkeit vorgesehen, den Regionen mit Sonderstatut mit einfachem Staatsgesetz zusätzliche Kompetenzen zu übertragen. Der Begriff **„Umweltschutz“** kommt im Autonomiestatut nicht vor, da er in den 70er-Jahren kein Thema war. Gerade unter diesem Stichwort hat das Verfassungsgericht aber mehrere Zuständigkeiten des Landes ausgehöhlt.

Glaut man der SVP, soll es so schnell auch keinen neuen Anlauf geben, den **Senat abzuschaffen bzw. in eine Länderkammer umzuwandeln**. Damit bleibt das Schiff Italien weiterhin ein wankender Tanker, stabile Mehrheiten bleiben spärlich gesät. „Doch dass alle 2 Jahre eine neue Regierung kommt, wollten die Italiener mit ihrem Nein zur Reform ja“, so Zeller.

©/Alle Rechte vorbehalten

